

Stiftung Zukunft für Schweizer Fahrende
Fondation « Assurer l'avenir des gens du voyage suisses »
Fondazione « Un futuro per i nomadi svizzeri »

Jahresbericht 2004
Rapport annuel
Rapporto di gestione

Jahresbericht 2004	3
Rapport annuel 2004	13
Rapporto di gestione 2004	23

Jahresbericht 2004

ORGANE DER STIFTUNG

Stiftungsrat:

Präsident:

Werner Niederer*	<i>a. Regierungsrat des Kantons Appenzell-Ausserrhoden</i>	Herisau
------------------	--	---------

Mitglieder des Stiftungsrates:

May Bittel*	<i>Zigeunermission</i>	Versoix
Claudio Candinas	<i>Justiz-, Polizei- und Sanitätsdepartement des Kantons Graubünden</i>	Chur
Dr. phil. Paul Fink*	<i>Bundesamt für Kultur</i>	Bern
Robert Huber*	<i>Radgenossenschaft der Landstrasse</i>	Zürich
Daniel Huber	<i>Radgenossenschaft der Landstrasse</i>	Balsthal
Sigisbert Lutz	<i>Schweizerischer Gemeindeverband</i>	Bern
Dr. iur. Markus Metz	<i>Schweizerischer Gemeindeverband</i>	Binningen
Dr. iur. Guido Sutter	<i>Staatssekretariat für Wirtschaft</i>	Bern
Patrick Vogt	<i>Zigeunermission</i>	Eysins

*) Mitglieder des Ausschusses

Kontrollstelle:

Eidgenössische Finanzkontrolle, Bern

Geschäftsstelle:

Dr. iur. Urs Glaus, Rechtsanwalt, Unterstrasse 15, Postfach, 9001 St. Gallen
 Tel. 071 222 10 20
 Fax 071 222 10 55
 E-Mail info@gj-anwaelte.ch

1. TÄTIGKEIT

1.1. Stand- und Durchgangsplätze

Die Kultur der Fahrenden überlebt nur dann, wenn den Fahrenden eine ausreichende Anzahl von geeigneten Stand- und Durchgangsplätzen zur Verfügung steht. Das ist die unabdingbare und wichtigste Voraussetzung; alle anderen Massnahmen haben sich daran anzuschliessen.

Auf dem **Standplatz** haben die Fahrenden das ganze Jahr über einen Stellplatz eingerichtet und wohnen dort in Mobilheimen, Wohnwagen oder Wohncontainern. In den Standplatzgemeinden sind sie angemeldet. Ihre Kinder besuchen dort die Schule. Mit den Standplatzgemeinden fühlen sich die Fahrenden stark verbunden.

Während der „guten Jahreszeit“, also von Anfang März bis Ende Oktober, ziehen die Schweizer Fahrenden in kleinen Verbänden durch die Schweiz. In dieser Zeit halten sie jeweils während einiger Tage bis längstens vier Wochen auf einem **Durchgangsplatz** an. Das Fahren ist die Grundlage ihrer wirtschaftlichen Existenz: Sie reisen als Selbständig-Erwerbende von Ort zu Ort und bedienen Kunden. Die Fahrenden sind in der Regel als Hausierer von Textilien und Seilerwaren tätig, als Recycling-Händler, Händler von Automobilen, Antiquitäten und anderen Gegenständen, als Reparaturhandwerker wie Schleifer oder Schirmflicker. Durchgangsplätze müssen deshalb so gelegen sein, dass die Fahrenden von ihnen aus Kunden besuchen können. Von Zentren und Verkehrsachsen weitab liegende Liegenschaften sind als Durchgangsplätze nicht geeignet.

Die Fahrenden könnten nicht auf traditionelle Weise durch die Schweiz reisen, wenn sie ausschliesslich auf die wenigen offiziellen Durchgangsplätze angewiesen wären. Sie haben sich deshalb - in vielen Fällen über Jahre hinweg - Kontakte zu privaten Grundeigentümern geschaffen, die ihnen erlauben, sich für einige Zeit auf ihrem Land aufzuhalten. Dieser „spontane Halt“ darf durch die Kantone und Gemeinden nicht behindert werden.

Die Errichtung der „Stiftung Zukunft für Schweizer Fahrende“ allein reicht nicht aus, um die Situation der Fahrenden in der Schweiz nachhaltig zu verbessern. Bund, Kantone und

Gemeinden sind gehalten, den Fahrenden eine zur Ausübung ihrer Lebensweise ausreichende Zahl an Stand- und Durchgangsplätzen zur Verfügung zu stellen.

Die rechtliche Verpflichtung der Behörden des Bundes, der Kantone und Gemeinden zur Einrichtung einer genügenden Anzahl von Stand- und Durchgangsplätzen ist vom Bundesgericht ausdrücklich anerkannt worden. Die rechtlichen Grundlagen würden schon nach geltendem Recht ausreichen, damit die Kantone und Gemeinden Plätze einrichten könnten.

Das Fehlen einer ausreichenden Anzahl von Stand- und Durchgangsplätzen wird auch von internationalen Organisationen kritisiert. Das Ministerkomitee des Europarates hat in einer Resolution von der Schweiz ausdrücklich die Schaffung von Stand- und Durchgangsplätzen verlangt, und im dritten Bericht der Europäischen Kommission gegen Rassismus und Intoleranz wurde die Untätigkeit der Schweiz in dieser Hinsicht kritisiert.

1.2. Gutachten „Fahrende und Raumplanung“

Im Jahre 2001 hat die Stiftung ein Gutachten des Planungsbüros Eigenmann, St. Gallen, zum Thema „Fahrende und Raumplanung“ veröffentlicht. Mit diesem Gutachten wurden erstmals verlässliche Angaben zu den bestehenden Stand- und Durchgangsplätzen und zu den räumlichen Bedürfnissen der Fahrenden sowie zu den Anforderungen an Stand- und Durchgangsplätze publiziert. Im Gutachten wurde eine gesamtschweizerische, regional differenzierte Sicht entworfen.

Die Bestandesaufnahme der Plätze wird zur Zeit aufgearbeitet. Es sind seit 2001 drei Plätze neu eingerichtet worden. Sieben Plätze jedoch wurden aus unterschiedlichen Gründen geschlossen, ohne dass die Standortkantone und -gemeinden Ersatz dafür eingerichtet hätten. Zahlenmässig erscheint die Bilanz wenig ermutigend.

Im Kanton St. Gallen wird ein Konzept für Durchgangsplätze ausgearbeitet. Dabei wird auf das Gutachten „Fahrende und Raumplanung“ abgestellt. In der Arbeitsgruppe arbeiten Vertreter der regionalen Planungsgruppen, der Fahrenden und der Stiftung mit dem Planungsamt des Kantons St. Gallen zusammen. Ein ähnliches Konzept wird im Kanton Freiburg ausgearbeitet.

1.3. Buech, Bern

Seit Jahren sind auf dem Standplatz Buech in Bern Probleme verschiedener Art aufgetreten. Ein Komitee unter der Leitung eines unabhängigen Vermittlers hat für alle Beteiligten tragbare Lösungen ausgearbeitet. Auch die Stiftung engagierte sich im Komitee aktiv und ist offiziell eine der Trägerinnen der neuen Organisation des Standplatzes. Sowohl aus der Sicht der Stadt Bern wie aus der Sicht der Betroffenen hat sich die Situation wesentlich entschärft.

1.4. Fahrende und Schule

Eines der allgemeinen Probleme, welches sich auch auf dem Standplatz Buech in Bern stellte, war die Einhaltung der Verpflichtung, dass Kinder obligatorisch die Schule zu besuchen haben. Die fahrende Lebensweise steht dem obligatorischen Schulbesuch der Kinder nicht entgegen, wenn auch seitens der Behörden und der Schule Anpassungen hinsichtlich des Umfangs nötig sind, damit die Kinder ihre Eltern auf der Fahrt begleiten können. Die fahrende Lebensweise lässt sich durchaus damit vereinbaren, dass auch die Kinder von Fahrenden gut ausgebildet werden. Die Stiftung stellt fest, dass in diesem Bereich seitens der Lehrerschaft und der Behörden viel Verständnis und eine hohe Bereitschaft für kreative Lösungen besteht, obschon gelegentlich Schwierigkeiten auftreten. Von den Fahrenden ist die Notwendigkeit einer guten Ausbildung der Kinder grundsätzlich erkannt. Die Radgenossenschaft der Landstrasse hat im Frühling 2004 entsprechende Richtlinien erlassen und in ihrer Zeitschrift „Scharotl“ 1/2004 veröffentlicht. Die Stiftung unterstützt diese Richtlinien. Sie beabsichtigt, sich im Bereich der Schule und Ausbildung verstärkt zu engagieren.

1.5. Politische Arbeit

Die Stiftung geht bei ihrer politischen Arbeit von der Tatsache aus, dass auf rechtlicher Ebene die Anliegen der Fahrenden unumstritten und anerkannt sind. Dennoch mangelt es in den meisten Kantonen und Gemeinden an ausreichenden Bestrebungen zur Einrichtung von Stand- und Durchgangsplätzen.

Die Stiftung wirkt immer wieder darauf hin, dass bei der Revision von kantonalen Richtlinien die Anliegen der Fahrenden in die Richtlinien aufgenommen werden.

Im Kontakt mit dem Bundesamt für Raumentwicklung (ARE) wies die Stiftung darauf hin, dass nur noch kantonale Richtpläne genehmigt werden sollen, welche die Verpflichtung enthalten, eine ausreichende Anzahl von Stand- und Durchgangsplätzen einzurichten.

1.6. Internationale Organisationen

Die Schweiz hat im Jahre 1998 das Rahmenübereinkommen des Europarates zum Schutz nationaler Minderheiten ratifiziert. In den Bemerkungen des beratenden Ausschusses und in den Schlussfolgerungen des Ministerkomitees wurde im Jahre 2003 festgehalten, dass noch „Fortschritte nötig sind, um die Fahrenden in die Lage zu versetzen, die wesentlichen Bestandteile ihrer Identität weiter zu entwickeln“. Nach den geltenden Regeln des Rahmenübereinkommens muss die Schweiz im Jahre 2005 dem Ministerkomitee des Europarates wieder einen Bericht vorlegen. Dabei sind die konkreten Folgemaassnahmen zu den Ergebnissen des ersten Überwachungszyklus vorzustellen. Das Eidgenössische Departement für Auswärtige Angelegenheiten hat zu diesem Zweck im Herbst 2004 eine Umfrage durchgeführt, um abzuklären, worin die Haupthindernisse bei der Schaffung von Stand- und Durchgangsplätzen bestehen. Die Stiftung hat sich dazu ausführlich geäussert.

Am 3. November 2004 fand eine Aussprache zwischen einer Vertretung des Europarates in Strassburg und dem Stiftungsrat statt. Die Vertreter des Europarates brachten ihr Unbehagen über die heutige Situation der Fahrenden in der Schweiz zum Ausdruck, insbesondere darüber, dass sich die Anzahl Stand- und Durchgangsplätze nicht erhöht hat.

Das Ministerkomitee des Europarates hat die Schweizer Behörden in Anwendung der Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen dazu aufgefordert, das Jenische offiziell als traditionelle in der Schweiz gesprochene Regional- oder Minderheitensprache anzuerkennen, Rahmenbedingungen in Zusammenarbeit mit den Sprechenden im Hinblick auf die Standardisierung der jenischen Sprache zu schaffen und weitere Förderungsmassnahmen zu ergreifen. Die Jenischen selber sind derzeit noch nicht bereit, bei der Sprachenförderung in diesem Sinne mitzuwirken. Noch immer sitzt bei den Jenischen die Angst tief vor staatlichen Kontrollen und Eingriffen, wie sie sie während Jahrzehnten erfahren haben. Die Schweizer Fahrenden erwarten eine Förderung ihrer Kultur als Gan-

zes. Ihre Kultur und auch ihre Sprache werden in erster Linie dadurch gefördert, indem Stand- und Durchgangsplätze eingerichtet werden.

Der Europarat hat ein Forum der Roma und Fahrenden eingerichtet und Statuten und Richtlinien erlassen. Die Schweizer Vertretung ist nicht nur in der Vollversammlung, sondern auch im Ausschuss vertreten.

2. STIFTUNGSRAT

Im Jahre 2004 ist der Stiftungsrat zu fünf Sitzungen zusammengekommen. Nebst den üblichen Geschäften hatte sich der Stiftungsrat in Kontakten mit Behörden des Bundes, der Kantone und Gemeinden für die Anliegen der Fahrenden eingesetzt.

Besonderen Wert legt der Stiftungsrat auf die konstruktive und intensive Zusammenarbeit mit der Radgenossenschaft der Landstrasse, die von gegenseitigem Verständnis und Respekt zwischen Fahrenden und Sesshaften geprägt ist.

Der Stiftungsrat hatte sich für das Jahr 2004 vorgenommen, sich intensiv mit dem in Aussicht gestellten Bericht des Bundesrates an das Parlament über die heutige Situation der Fahrenden auseinander zu setzen. Die Publikation des Berichtes des Bundesrates wurde indessen auf 2005 verschoben; der Stiftungsrat wird sich entsprechend im 2005 mit den Vorschlägen zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Fahrenden befassen und im Rahmen der Vernehmlassung Stellung nehmen. Im Bereich „Fahrende und Schule“ war die Stiftung im Zusammenhang mit Problemen auf dem Standplatz Buech, Bern, erfolgreich tätig. Für den Schul- und Kindergartenbesuch von Kindern von Fahrenden wurden Regeln formuliert, die von Fahrenden und Sesshaften akzeptiert und befolgt werden. Damit konnte ein schwieriges Problem gelöst werden. Die Stiftung wird das Thema weiterverfolgen.

Über Internet sind Informationen über die Stiftung (Jahresberichte, Gutachten „Fahrende und Raumplanung“) über die Adresse www.bak.admin.ch/index_d.html zugänglich.

3. STIFTUNGSAUFSICHT UND EIDGENÖSSISCHE FINANZKONTROLLE

Die Finanzen der Stiftung sind von der Eidgenössischen Finanzkontrolle als Revisionsstelle der Stiftung geprüft worden. Am 13. Juni 2005 hat sie dem Stiftungsrat mitgeteilt, dass die Rechnung und Buchhaltung den gesetzlichen Vorschriften entspreche und sie dem Eidgenössischen Departement des Innern, welches die Aufsicht über die Stiftung ausübt, die Genehmigung der Jahresrechnung beantrage.

4. JAHRESRECHNUNG UND BILANZ 2004

Erfolgsrechnung 2004

Bezeichnung	Aufwand CHF	Ertrag CHF
Beiträge Bund		147'750.00
Zinsertrag und realisierte Kursgewinne		17'224.00
neutrale Rechnung		11'351.70
Honorare	45'812.05	
Sitzungsgelder und Spesen	24'605.00	
AHV	1'446.45	
Courtage/Umsatzabgabe etc.	2'016.00	
Jahresbericht	7'423.65	
Buchhaltungsstelle	7'793.50	
Verwaltungsaufwand	7'485.65	
Gewinn	79'743.40	
	176'325.70	176'325.70

Bilanz 2004

Bezeichnung	Aktiven CHF	Passiven CHF
Umlaufvermögen	283'819.35	
Wertschriften	651'163.90	
Kurzfristiges Fremdkapital		8'865.30
Kursschwankungsreserve		125'075.05
Rückstellungen		75'000.00
Stiftungskapital		726'042.90
	934'983.25	934'983.25

Rapport annuel 2004

ORGANES DE LA FONDATION

Conseil de Fondation:

Président:

Werner Niederer*	<i>Ancien Conseiller d'Etat du Canton d'Appenzell Rhodes-Extérieures</i>	Herisau
------------------	--	---------

Membres du Conseil de Fondation:

May Bittel*	<i>Mission tsigane</i>	Versoir
Claudio Candinas	<i>Département de Justice, Police et Santé du Canton des Grisons</i>	Coire
Paul Fink, Dr phil.*	<i>Office fédéral de la culture</i>	Berne
Robert Huber*	<i>Radgenossenschaft der Landstrasse</i>	Zurich
Daniel Huber	<i>Radgenossenschaft der Landstrasse</i>	Balstahl
Sigisbert Lutz	<i>Association des Communes Suisses</i>	Berne
Markus Metz, Dr en droit	<i>Association des Communes Suisses</i>	Binningen
Guido Sutter, Dr en droit	<i>Secrétariat d'Etat à l'économie</i>	Berne
Patrick Vogt	<i>Mission tsigane</i>	Eysins

*) membres du Comité

Organe de contrôle:

Contrôle fédéral des finances, Berne

Secrétariat:

Urs Glaus, Dr en droit, avocat, Unterstrasse 15, case postale, 9001 St-Gall
 Tél. 071 222 10 20
 Fax 071 222 10 55
 E-Mail info@gj-anwaelte.ch

1. ACTIVITE

1.1. Emplacements fixes et de transit

La culture des gens du voyage ne peut survivre que si les gens du voyage disposent d'un nombre suffisant d'emplacements permanents et de transit appropriés. C'est la condition indispensable et la plus importante; toutes les autres mesures doivent en tenir compte.

Sur l'**emplacement permanent**, les gens du voyage ont aménagé un endroit où ils peuvent s'arrêter toute l'année et loger dans des mobile homes, caravanes ou conteneurs d'habitation. Ils sont annoncés dans les communes. Leurs enfants fréquentent l'école. Ils se sentent étroitement liés avec les communes comportant des emplacements permanents.

Pendant la "bonne saison", soit du début mars jusqu'à fin octobre, les gens du voyage suisses parcourent la Suisse en petites formations. Durant cette période, ils stationnent chaque fois sur une **aire de transit** durant un laps de temps qui va de quelques jours à 4 semaines au maximum. Les déplacements sont la base de leur existence économique: ils voyagent de lieu en lieu pour exercer une activité lucrative indépendante et servir leurs clients. En règle générale, ils exercent les métiers de colporteurs de textiles et de corderies, commerçants en recyclage, commerçants en automobiles, antiquités et autres marchandises, artisans en réparation, tels que rémouleurs ou réparateurs de parapluie. Les emplacements de transit doivent donc être situés de manière à permettre aux gens du voyage de se rendre chez leurs clients. Les terrains éloignés des centres et des axes de trafic ne conviennent dès lors pas.

Les nomades ne pourraient se déplacer de la manière traditionnelle à travers la Suisse s'ils ne devaient compter que sur les quelques aires officielles de transit. C'est pourquoi ils ont établi des contacts – dans de nombreux cas depuis des années – avec des propriétaires de terrains privés, qui les autorisent à s'installer quelque temps sur leur terrain. Cet "arrêt spontané" ne doit pas être entravé par les cantons et les communes.

L'institution de la Fondation "Assurer l'avenir des gens du voyage suisses" ne suffit pas, à elle seule, à améliorer durablement la situation des nomades en Suisse. La Confédération,

les cantons et les communes sont tenus de mettre à la disposition des gens du voyage un nombre suffisant d'emplacements fixes et de transit pour leur permettre de pratiquer leur mode de vie.

L'obligation légale des Autorités de la Confédération, des cantons et des communes d'aménager un nombre suffisant d'emplacements fixes et de transit a été expressément reconnue par le Tribunal fédéral. Selon le droit actuel, les bases légales suffiraient pour permettre aux cantons et aux communes de créer des emplacements.

Le fait qu'il n'y ait pas assez d'emplacements fixes et de transit est également critiqué par des organisations internationales. Dans une résolution, le Comité des Ministres du Conseil de l'Europe a expressément exigé de la Suisse la création d'emplacements fixes et de transit. De même, le Troisième rapport de la Commission européenne contre le racisme et l'intolérance a critiqué l'inactivité de la Suisse à cet égard.

1.2. Avis de droit "Les gens du voyage et l'aménagement du territoire"

En 2001, la Fondation a commandé au Bureau de planification Eigenmann, à St Gall, un avis de droit sur le sujet "Les gens du voyage et l'aménagement du territoire". Cet avis de droit a permis de disposer pour la première fois de données fiables sur les emplacements fixes et de transit existants, ainsi que sur les demandes territoriales concernant ces dernières. L'expertise a ébauché une image couvrant l'ensemble de la Suisse, différenciée en fonction des régions.

L'inventaire des emplacements est actuellement en train d'être revu. Depuis 2001, trois nouveaux emplacements ont été aménagés. Par contre, sept emplacements ont été fermés pour des raisons diverses sans que les cantons et les communes où ils étaient situés aient aménagé des terrains de remplacement. Sur le plan des chiffres, le bilan paraît peu réconfortant.

Dans le canton de St-Gall, on élabore un concept pour les aires de transit, en se fondant sur l'expertise "Les gens du voyage et l'aménagement du territoire". Dans le groupe de travail, des représentants des groupes de planification régionaux, des nomades et de la Fondation collaborent avec l'Office de planification de St Gall. Un concept analogue est en voie d'élaboration dans le canton de Fribourg.

1.3. Buech, Berne

Depuis des années, des problèmes de différente nature sont apparus sur l'emplacement permanent de Buech, à Berne. Un comité dirigé par un médiateur indépendant a élaboré des solutions acceptables par tous les participants. La Fondation s'est aussi engagée activement au sein du Comité et elle est officiellement un des titulaires de la nouvelle organisation de l'emplacement permanent. Tant du point de vue de la Ville de Berne que des intéressés, la situation s'est sensiblement détendue.

1.4. Les nomades et l'école

Un des problèmes généraux rencontrés sur l'emplacement fixe de Buech est l'observation de l'obligation pour les enfants de fréquenter l'école. Le mode de vie nomade n'est pas en contradiction avec la fréquentation obligatoire de l'école, bien qu'il soit nécessaire que les Autorités et l'école prévoient des adaptations pour permettre aux enfants d'accompagner leurs parents dans leurs déplacements. Le mode de vie nomade est tout à fait conciliable avec la possibilité pour les enfants des gens du voyage de bénéficier d'une bonne formation. La Fondation constate que, dans ce domaine, les enseignants et les Autorités font preuve de beaucoup de compréhension et d'une grande disponibilité à l'égard de solutions créatives, bien que des difficultés apparaissent de temps à autre. Les nomades reconnaissent en principe la nécessité d'assurer une bonne formation à leurs enfants. La Radgenossenschaft der Landstrasse a émis au printemps 2004 des directives adéquates et les a publiées dans sa revue "Scharotl" 1/2004. La Fondation les appuie. Elle a l'intention de s'engager encore plus activement dans le domaine de l'école et de la formation.

1.5. Activité politique

En ce qui concerne son activité politique, la Fondation considère que, sur le plan juridique, les demandes des gens du voyage ne sont pas contestées et qu'elles sont admises. Pourtant, dans la plupart des cantons et des communes, les efforts pour aménager des emplacements fixes et de transit ne sont pas suffisants.

La Fondation intervient constamment pour que – lors de la révision des plans directeurs cantonaux – il y soit tenu compte des demandes des gens du voyage.

Dans ses contacts avec l'Office fédéral du développement territorial (ARE/ODT), la Fondation a attiré l'attention sur le fait que seuls doivent désormais être approuvés les plans directeurs cantonaux contenant l'obligation d'aménager un nombre suffisant d'emplacements permanents et de transit.

1.6. Organisations internationales

La Suisse a ratifié en 1998 l'Accord-cadre du Conseil de l'Europe pour la protection des minorités nationales. Dans les remarques du Comité consultatif et dans les conclusions du Comité des Ministres, il a été relevé en 2003 que "des efforts sont encore nécessaires pour mettre les nomades en mesure de continuer à développer les éléments essentiels de leur identité". Selon les règles en vigueur de l'Accord-cadre, la Suisse devra à nouveau soumettre en 2005 un rapport au Comité des Ministres du Conseil de l'Europe. Il s'agira d'indiquer les mesures concrètes prises à la suite des résultats du premier cycle de surveillance. A cet effet, le Département fédéral des Affaires étrangères a procédé en automne 2004 à une consultation pour déterminer quels sont les principaux obstacles à la création d'emplacements permanents et d'aires de transit. La Fondation s'est prononcée de manière détaillée à ce sujet.

Le 3 novembre 2004, des entretiens ont eu lieu entre une représentation du Conseil de l'Europe, à Strasbourg, et le Conseil de la Fondation. Les représentants du Conseil de l'Europe ont exprimé leur malaise sur la situation actuelle des gens du voyage en Suisse, notamment sur le fait que le nombre des emplacements permanents et des aires de transit n'avait pas augmenté.

En application de la Charte européenne des langues régionales ou minoritaires, le Conseil des Ministres a invité les Autorités suisses à reconnaître le yéniche comme langue traditionnelle parlée en Suisse en tant que langue régionale ou minoritaire, à créer des conditions-cadres avec ceux qui parlent le yéniche en vue de le standardiser et de prendre d'autres mesures de promotion. Toutefois, les Yéniches eux-mêmes ne sont pas encore prêts à collaborer à la promotion de leur langue. Il existe toujours chez eux une crainte profondément ancrée de contrôles et d'interventions de l'Etat, comme ils en ont subi pendant des décennies. Les gens du voyage suisses souhaitent une promotion de leur culture vue

dans son ensemble. Leur culture, ainsi que leur langue, bénéficieront en premier lieu d'une promotion par l'aménagement d'emplacements permanents et d'aires de transit.

Le Conseil de l'Europe a institué un forum des Rom et des gens du voyage et il a promulgué des statuts et des directives. La Suisse est représentée non seulement dans l'Assemblée plénière, mais aussi dans le Comité.

2. CONSEIL DE LA FONDATION

En 2004, le Conseil de Fondation s'est réuni à cinq reprises. Outre les problèmes administratifs usuels, le Conseil de la Fondation est intervenu pour appuyer des demandes des gens du voyage, au cours de contacts avec les Autorités de la Confédération, des cantons et des communes.

Le Conseil de la Fondation attache un prix particulier à la collaboration constructive et intensive avec la Radgenossenschaft der Landstrasse, qui est marquée de compréhension et de respect mutuel entre gens du voyage et sédentaires.

Le Conseil de la Fondation avait l'intention de traiter intensivement le rapport prévu du Conseil fédéral sur la situation actuelle des nomades. La publication de ce rapport a toutefois été renvoyée à 2005. Le Conseil de la Fondation examinera donc en 2005 les propositions tendant à améliorer les conditions d'existence des gens du voyage et il se déterminera lors de la procédure de consultation. Dans le domaine "Nomades et école", la Fondation est intervenue avec succès dans le cadre des problèmes surgis sur l'emplacement permanent de Buech, Berne. Des règles ont été édictées au sujet de la fréquentation par les enfants d'écoles et de jardins d'enfants. Elles ont été acceptées et observées par les gens du voyage et les sédentaires. Un problème difficile a ainsi pu être résolu. La Fondation continuera à suivre ce sujet.

On trouvera des informations concernant la Fondation sur Internet (rapports annuels, avis de droit " Les gens du voyage et l'aménagement du territoire") à l'adresse: www.bak.admin.ch/index_f.html .

3. SURVEILLANCE DE LA FONDATION ET CONTRÔLE DES FINANCES

Les finances de la Fondation ont été examinées par le Contrôle fédéral des finances, en tant qu'organe de révision de la Fondation. Le 13 juin 2005, il a fait savoir au Conseil de la Fondation que les comptes et la comptabilité étaient conformes aux prescriptions légales et qu'il proposait au Département fédéral de l'intérieur, qui exerce la surveillance de la Fondation, d'approuver les comptes annuels.

4. COMPTES ANNUELS ET BILAN 2004

Compte de profits et pertes 2004

Spécification	Dépenses CHF	Recettes CHF
Subventions de la Confédération		147'750.00
Produits des intérêts et bénéfices de cours réalisés erréalisésis-		17'224.00
Compte neutre		11'351.70
Honoraires	45'812.05	
Jetons de présence et frais	24'605.00	
AVS	1'446.45	
Courtage/Droits de timbre, etc.	2'016.00	
Rapport annuel	7'423.65	
Service de comptabilité	7'793.50	
Frais administrativ	7'485.65	
Bénéfice	79'743.40	
	176'325.70	176'325.70

Bilan 2004

Spécification	Actifs CHF	Passifs CHF
Capital de roulement	283'819.35	
Titres	651'163.90	
Capital emprunté à court terme		8'865.30
Réserve pour fluctuation de cours		125'075.05
Réserves		75'000.00
Capital de la Fondation		726'042.90
	934'983.25	934'983.25

Rapporto di gestione 2004

ORGANI DELLA FONDAZIONE

Consiglio di fondazione:

Presidente:

Werner Niederer*	<i>Ex Consigliere di Stato del Cantone Appenzello Esterno</i>	Herisau
------------------	---	---------

Membri del Consiglio di fondazione:

May Bittel*	<i>Missione dei nomadi</i>	Versoix
Claudio Candinas	<i>Dipartimento di giustizia, polizia e sanità del Cantone Grigioni</i>	Coira
Dr. phil. Paul Fink*	<i>Ufficio federale della cultura</i>	Berna
Robert Huber*	<i>Radgenossenschaft der Landstrasse</i>	Zurigo
Daniel Huber	<i>Radgenossenschaft der Landstrasse</i>	Balsthal
Sigisbert Lutz	<i>Associazione dei Comuni Svizzeri</i>	Berna
Dr. iur. Markus Metz	<i>Associazione dei Comuni Svizzeri</i>	Binningen
Dr. iur. Guido Sutter	<i>Segretariato di stato dell'economia</i>	Berna
Patrick Vogt	<i>Missione dei nomadi</i>	Eysins

*) Membri del Comitato

Ufficio di revisione:

Controllo federale delle finanze, Berna

Segreteria:

Dr. iur. Urs Glaus, avvocato, Unterstrasse 15, casella postale, 9001 San Gallo
 Tel. 071 222 10 20
 Fax 071 222 10 55
 E-mail info@gj-anwaelte.ch

1. ATTIVITÀ

1.1. Aree di sosta fisse e temporanee

La cultura dei nomadi può sopravvivere solo se i nomadi hanno a disposizione aree di sosta fisse e temporanee adatte in numero sufficiente. Questa è la condizione più importante e irrinunciabile, alla quale devono collegarsi tutte le ulteriori misure.

Sulle **aree di sosta fisse** i nomadi hanno attrezzato per tutto l'anno una piazzola, dove abitano in camper, roulotte o container ad uso abitazione. Sono annunciati presso i comuni dove ha sede l'area di sosta fissa e i loro figli frequentano le scuole locali. Questi nomadi si sentono molto legati ai comuni dove ha sede l'area di sosta fissa.

Durante la «bella stagione», quindi dall'inizio di marzo alla fine d'ottobre, i nomadi svizzeri si spostano in piccoli gruppi attraverso il Paese. In questo periodo si fermano nelle **aree di sosta temporanee** per un periodo che varia da pochi giorni fino a un massimo di quattro settimane. Viaggiare è la base del loro sostentamento economico: si spostano da una località all'altra come lavoratori autonomi e offrono ai clienti i propri servizi. I nomadi sono in genere attivi come venditori porta a porta di tessuti e cordami, nel settore del riciclaggio, nella compravendita di automobili, antichità e altri oggetti, oppure come arrotini e ombrellai. Le aree di sosta temporanee devono essere situate in modo che da esse i nomadi possano raggiungere i clienti. Proprietà poste lontano da centri e dagli assi di comunicazione non sono quindi adatte come aree di sosta temporanee.

I nomadi non potrebbero spostarsi attraverso la Svizzera come è loro tradizione, se dovessero fare affidamento esclusivamente sulle poche aree di sosta temporanee ufficiali esistenti. Hanno perciò creato contatti con proprietari privati che permettono loro, in molti casi per anni e anni, di fermarsi per qualche tempo sul loro terreno. Queste «soste spontanee» non devono essere ostacolate da Cantoni e Comuni.

Il solo fatto che sia stata creata la Fondazione «Un futuro per i nomadi svizzeri» non è sufficiente per migliorare in modo durevole la situazione dei nomadi in Svizzera. Confederazione, Cantoni e Comuni sono tenuti a porre a disposizione dei nomadi un sufficiente

numero di aree di sosta fisse e temporanee, in modo che essi possano esercitare il loro modo di vita tradizionale.

L'obbligo legale delle autorità di Confederazione, Cantoni e Comuni alla creazione di un numero sufficiente di aree di sosta fisse e temporanee è stato esplicitamente riconosciuto dalla Corte federale e le basi legali affinché Cantoni e Comuni possano creare aree di sosta sussisterebbero già col diritto vigente.

Anche le organizzazioni internazionali hanno criticato la mancanza di un numero sufficiente di aree di sosta fisse e temporanee. In una risoluzione il Comitato dei Ministri del Consiglio d'Europa ha richiesto espressamente alla Svizzera la creazione di aree di sosta fisse e temporanee, e nel terzo rapporto della Commissione europea contro il razzismo e l'intolleranza è stata criticata l'inattività della Svizzera sotto tale aspetto.

1.2. Perizia «Nomadi e pianificazione del territorio»

Nell'anno 2001 la Fondazione ha pubblicato una perizia dello Studio di urbanistica Eigenmann di San Gallo sul tema «Nomadi e pianificazione del territorio». Tramite tale perizia sono stati resi noti per la prima volta dati attendibili sulle aree di sosta fisse e temporanee esistenti, sui bisogni dei nomadi in quanto a spazi vitali nonché sulle loro esigenze riguardo ad aree di sosta fisse e temporanee. Il quadro della situazione è stato delineato da un punto di vista nazionale, differenziandolo al contempo a livello regionale.

Attualmente si lavora ad una rielaborazione dei dati sulle aree di sosta. Benché dal 2001 ne siano state create tre nuove, a causa di diversi motivi ne sono state chiuse sette, senza che i Cantoni e i Comuni dove esse erano situate provvedessero a sostituirle: dal punto di vista puramente numerico il bilancio appare quindi poco incoraggiante.

Nel Canton San Gallo si sta elaborando un concetto per aree di sosta temporanee, basandosi per far ciò sulla perizia «Nomadi e pianificazione del territorio». Nel gruppo di lavoro i rappresentanti dei gruppi di pianificazione regionali, dei nomadi e della Fondazione collaborano con l'Ufficio di pianificazione cantonale. Un simile concetto è in corso di elaborazione anche nel Canton Friburgo.

1.3. Buech, Berna

Nell'area di sosta di Buech a Berna emergono da anni problemi di diverso genere. Un comitato presieduto da un mediatore indipendente ha elaborato soluzioni accettabili per tutti gli interessati. Anche la Fondazione si è impegnata attivamente nel comitato e figura ufficialmente tra i responsabili della nuova organizzazione di quest'area di sosta fissa. La situazione si è notevolmente appianata sia dal punto di vista della città di Berna sia dal punto di vista delle persone interessate.

1.4. Nomadi e scuola

Uno dei problemi generali che si sono posti anche nell'area di sosta Buech a Berna è stato il mantenimento dell'obbligo scolastico per i bambini. Il modo di vita dei nomadi non si contrappone alla frequenza scolastica. Da parte delle autorità e della scuola sono però necessari degli aggiustamenti per quanto riguarda l'estensione di tale obbligo, in modo che i figli possano accompagnare i genitori negli spostamenti. Lo stile di vita nomade si può senz'altro conciliare con una buona istruzione per i figli dei nomadi. La Fondazione constata che, nonostante occasionali difficoltà, in questo campo sussistono molta comprensione e una grande disponibilità a soluzioni creative, sia da parte del corpo insegnante, sia da parte delle autorità scolastiche. Per parte loro i nomadi riconoscono l'importanza essenziale di una buona formazione per i figli. Nella primavera 2004 la *Ra-dgenossenschaft der Landstrasse* ha emanato linee direttive in proposito, pubblicandole nella sua rivista «Scharotl» (1/2004). La Fondazione sostiene queste direttive e prevede di impegnarsi maggiormente nel settore scolastico e formativo.

1.5. Lavoro a livello politico

Nel suo lavoro a livello politico la Fondazione parte dalla constatazione che, dal punto di vista giuridico, le richieste dei nomadi sono indiscusse e riconosciute. Tuttavia nella maggior parte dei Cantoni e dei Comuni non ci si sforza abbastanza per creare aree di sosta fisse e temporanee.

La Fondazione continua ad agire in modo che le richieste dei nomadi vengano inserite nei piani direttori cantonali durante la revisione degli stessi.

In contatto con l'Ufficio federale per lo sviluppo territoriale (ARE) la Fondazione fa notare che dovrebbero essere approvati solo piani direttori cantonali che prevedano l'obbligo di creare un numero sufficiente di aree di sosta fisse e temporanee.

1.6. Organizzazioni internazionali

La Svizzera ha ratificato nell'anno 1998 la Convenzione-quadro del Consiglio d'Europa per la protezione delle minoranze nazionali. Nelle osservazioni del Comitato consultivo e nelle conclusioni del Comitato dei Ministri dell'anno 2003 si constata che «restano da fare progressi per permettere ai nomadi di sviluppare gli elementi essenziali della loro identità». In base alle vigenti regole della Convenzione-quadro, nel 2005 la Svizzera dovrà presentare un ulteriore rapporto al Comitato dei Ministri del Consiglio d'Europa. In esso dovranno essere illustrate le misure concrete adottate in conseguenza dei risultati della prima fase di controllo. In preparazione del rapporto il Dipartimento federale degli affari esteri ha condotto un'indagine per chiarire quali siano i principali ostacoli alla creazione di aree di sosta fisse e temporanee. In tale occasione la Fondazione ha espresso dettagliatamente il proprio punto di vista.

Il 3 novembre 2004 si è svolto un incontro fra una rappresentanza del Consiglio d'Europa di Strasburgo e il Consiglio di Fondazione. I rappresentanti del Consiglio d'Europa hanno espresso il proprio disagio a proposito dell'attuale situazione dei nomadi in Svizzera, in particolare per il fatto che il numero delle aree di sosta fisse e temporanee non è aumentato.

Il Comitato dei Ministri del Consiglio d'Europa ha invitato le autorità svizzere ad applicare la Carta europea delle lingue regionali o minoritarie, riconoscendo ufficialmente lo jenisch come lingua regionale o minoritaria parlata tradizionalmente in Svizzera, collaborando con i parlanti per creare le condizioni quadro con riguardo alla standardizzazione della lingua e adottando ulteriori misure di promozione. Gli jenisch stessi non sono attualmente ancora pronti a collaborare alla promozione linguistica in questo senso, poiché hanno ancora paura dei controlli e degli interventi statali così come li hanno sperimentati per decenni. I nomadi svizzeri si aspettano che la loro cultura venga promossa integralmente. La loro cultura, e quindi anche la loro lingua, verranno promosse in primo luogo con la creazione di aree di sosta fisse e temporanee.

Il Consiglio d'Europa ha creato un Forum Rom e Nomadi, emanando linee direttive e statuti. Una rappresentanza svizzera fa parte sia dell'assemblea plenaria sia del comitato.

2. CONSIGLIO DI FONDAZIONE

Nell'anno 2004 il Consiglio di Fondazione si è riunito cinque volte. Oltre agli affari di ordinaria amministrazione, il Consiglio di Fondazione si è impegnato in favore delle richieste dei nomadi contattando le autorità di Confederazione, Cantoni e Comuni.

In particolare il Consiglio di Fondazione ritiene preziosa l'intensa e costruttiva collaborazione con la *Radgenossenschaft der Landstrasse*, che è contraddistinta dal rispetto reciproco tra nomadi e non nomadi.

Per l'anno 2004 il Consiglio di Fondazione si era riproposto di occuparsi intensamente del previsto rapporto del Consiglio federale al Parlamento sull'attuale situazione dei nomadi. Nel frattempo la pubblicazione del rapporto del Consiglio federale è stata rimandata al 2005; il Consiglio di Fondazione si occuperà quindi nel 2005 delle proposte per migliorare le condizioni di vita dei nomadi e prenderà posizione in merito nel quadro della procedura di consultazione. Nel settore «Nomadi e scuola» la Fondazione si è impegnata con successo per risolvere i problemi connessi all'area di sosta Buech di Berna. Sono state formulate regole per la frequenza a scuola e all'asilo infantile, che vengono accettate e seguite sia dai nomadi che dalla popolazione sedentaria: in tal modo è stato possibile risolvere un grave problema. La Fondazione continuerà a occuparsi del tema.

Tramite Internet si possono reperire informazioni sulla Fondazione (rapporti di gestione, perizia «Nomadi e pianificazione del territorio») all'indirizzo www.bak.admin.ch/index_d.html.

3. AUTORITÀ DI VIGILANZA SULLE FONDAZIONI E CONTROLLO FEDERALE DELLE FINANZE

L'attività finanziaria della Fondazione è stata sottoposta a verifica dal Controllo federale delle finanze. Il 13 giugno 2005 tale organo ha comunicato al Consiglio di Fondazione che il bilancio e la contabilità sono a norma di legge e che richiederà l'approvazione del conto economico da parte del Dipartimento federale dell'interno, al quale compete la vigilanza sulle fondazioni.

4. CONTO ECONOMICO E BILANCIO 2004

Conto economico 2004

Denominazione	Costi CHF	Ricavi CHF
Contributi della Confederazione		147'750.00
Interessi e utili di cambio realizzati		17'224.00
Risultato neutro		11'351.70
Onorari	45'812.05	
Gettoni di presenza e spese	24'605.00	
AVS	1'446.45	
Courtage/tassa sugli scambi ecc.	2'016.00	
Rapporto di gestione	7'423.65	
Ufficio contabile	7'793.50	
Spese amministrative	7'485.65	
Utile	79'743.40	
	176'325.70	176'325.70

Bilancio 2004

Denominazione	Attivi CHF	Passivi CHF
Capitale circolante	283'819.35	
Titoli	651'163.90	
Capitale di prestito a breve termine		8'865.30
Accantonamenti al fondo oscillazione cambi		125'075.05
Accantonamenti		75'000.00
Capitale della Fondazione		726'042.90
	934'983.25	934'983.25